

war. Auf Grund dieser Erörterungen wurde ein dreijähriges Ultimatum ergriffen. Erstens wurden Artikel 61, 62 und 63 über den Besitz der Neutralität, zweitens Artikel 66 über neutrales Eisenbahnmateriale einstimmig angenommen. Dagegen wurde der gesamte übrige Entwurf den deutschen Anträgen entsprechend mit großer Mehrheit fallen gelassen; nur einige Mittelstaaten enthielten sich der Abstimmung. Sodann beantragte Olyshen-Luzemburg, es möge als Wunsch der Konferenz ausgesprochen werden, daß die Staaten ihre Gefährdung möglichst im Sinne des ursprünglichen deutschen Entwurfs ausgehalten, und daß überhaupt Handel und Verkehr Neutralen durch die Kriegführung so wenig als möglich beeinträchtigt werde. Neidow unterstützte auf das wärmste den Antrag Olyshen, der angenommen wurde. Hierauf wurde die Abfassung einer den luxemburgischen Anträgen entsprechenden Resolution dem Berichterstatter Borel übertragen.

Japan in Europa.

Wien, 9. September. Die Offiziere des zurzeit in Triest liegenden japanischen Geschwaders trafen heute Abend aus Triest hier ein. Sie weilen hier als Gäste des Kaisers.

Von den türkischen Finanzen.

(Meldung des Wiener A. N. Telegr.-Bureaus.) Konstantinopel, 9. September. Es verlautet, daß der englische Botschafter neuerdings und sogar während der Audienz des Vizeadmirals Drury auf die schlechte Finanzwirtschaft des Reiches hinwies, was großen Eindruck gemacht habe. Die Minister der Finanzen, des Handels und der Landwirtschaft wurden beauftragt, ein Projekt zur Sanierung der Finanzen auszuarbeiten.

Zur Lage auf Samos.

(Meldung des Wiener A. N. Telegr.-Bureaus.) Konstantinopel, 9. September. Die Abreise des neuen Fürsten von Samos ist verschoben worden. Die Pforte soll auf die Entsendung des Panzerschiffs „Messudije“ verzichtet haben. Die Vorbereitungen zu dessen Abfahrt wurden eingestellt. An Stelle des „Messudije“ sollte das Panzerschiff „Assarivfik“ nach Samos gehen, doch auch dieses sollte seine Vorbereitungen ein.

Von den mittelamerikanischen Staaten.

Hamburg, 9. September. Nach einem bei dem hiesigen Generalkonsulat eingegangenen Telegramm des Präsidenten von San Salvador werden, nachdem die Regierungen Zentralamerikas die von den Vereinigten Staaten und Mexiko vorgeschlagene Friedenskonferenz angenommen haben, heute die Delegierten in Washington zusammentreten, um das Protokoll zu unterzeichnen, durch das die Zeit und der Ort der Konferenz festgelegt und für etwaige vor der Unterzeichnung eines endgültigen Vertrags auftauchende Schwierigkeiten die Präsidenten von Nordamerika und Mexiko als Schlichter bestimmt werden.

Eingeborenenunruhen in Portugiesisch-Afrika (Angola).

Lissabon, 9. September. Nach einem amtlichen Telegramm aus Loanda hatten die portugiesischen Truppen mehrere Gefechte mit den Cuamatas, wobei fünf Offiziere verwundet wurden. 19 europäische und vier einheimische Soldaten fielen. 53 europäische und 39 eingeborene Soldaten wurden verwundet.

Zu den Reformen in China.

Peking, 9. September. Es wurde eine Kommission ernannt, die sich nach England, Deutschland und Japan zum Studium der Verfassungen dieser Länder begeben soll. London, 10. September. Der „Standard“ meldet aus Shanghai aus zuverlässiger Quelle, daß der chinesische stellvertretende Konsul Bredin die vollständige Kontrolle über das Zollwesen übernommen habe, da Sir Robert Hart bei seiner Rückkehr aus dem Urlaub nach Peking seine Tätigkeit nicht wieder aufgenommen habe.

Zur Lage in Persien.

Wie in einem Teile der gestrigen Auflage (unter den Drahtnachrichten) bereits berichtet wurde, wird das neue Ministerium aus acht verantwortlichen Ministern bestehen. Es sind bisher ernannt worden: für Inneres — Ruschir es Saltaneh; dieser soll, wie verlautet, die Geschäfte nur bis zur Ankunft Nizam es Saltanehs aus Schiras versehen. Äußeres — Saad ed Dauleh; Krieg — Ruska usi Ramalik; Finanzen — Ravam ed Dauleh; Justiz — Ruschir el Kull, bisher Gesandter in St. Petersburg; Öffentliche Arbeiten — Nuhun bis Ramalik. Unterirdisch ist noch nicht besetzt; für diesen Posten werden Kajer el Kull und Muktascham es Saltaneh genannt. Ein Vorterskulle für Maid el Kull, den Bruder des ermordeten Großwesirs Emin ed Dauleh, ist noch nicht bestimmt worden.

Zur Lage in Marokko.

Tanger, 9. September. Die Offiziere der „Jeanne d'Arc“, des „Defant“ und der spanischen Schiffe nahmen gestern Abend an einem Diner an Bord des deutschen Schiffs „Charlotte“ teil. Der Kommandant der „Charlotte“ dankte den Offizieren für ihr Erscheinen. Es wurden Trinksprüche ausgebracht auf Ihre Majestäten den Deutschen Kaiser, den König Alfons und auf den Präsidenten Fallières.

Casablanca, 9. September. Admiral Philibert telegraphierte unter dem gestrigen Datum, daß sich in den Hafengebieten und in der Umgebung von Casablanca nichts Neues gezeigt hat.

Paris, 9. September. Der heutige Ministerrat nahm die letzten Telegramme aus Tanger zur Kenntnis und beschäftigte sich mit der Frage der aus den Ereignissen in Casablanca abgeleiteten Entschädigungen. Der Ministerrat nahm auf Präzedenzfälle Bezug, namentlich auf die Beschädigung von Alexandria im Jahre 1882, und kam zu dem Beschluß, daß die marokkanische Regierung verantwortlich zu machen und die Höhe der Entschädigungen für materiellen Schaden durch eine internationale Kommission festzusetzen sei. Der Minister des Äußeren, Pichon, wurde beauftragt, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. — Der „Temps“ meint, daß Mulay Hafid bei dem Versuch, sich an die Stelle Abdul Aziz zu setzen, auf ernste Schwierigkeiten stoßen werde. Zunächst würde es ihm an Geld fehlen; auch zeigten sich einige Ráids, die zuerst sich ihm angeschlossen hätten, jetzt weniger geneigt, ihm Gefolgschaft zu leisten. Mehrere Stämme, darunter der angesehenste Stamm der Traghna in der Nähe von Marrakesch hätten erklärt, daß sie Abdul Aziz unwandelbare Treue halten würden.

Paris, 9. September. In einem Telegramm des Generals Drube wird die Meldung einer Zeitung, er, Drube, habe nach dem Gefecht vom 3. d. M. zwei Marokkaner gefangen genommen, sie gezwungen, ihr eigenes Grab zu graben und sie dann erschossen, für unwahr erklärt.

— Admiral Philibert erhielt nach hier eingegangenen Telegrammen die Meldung, daß die Abreise des Sultans von Fez nach Rabat gestern erfolgen sollte. Gleichzeitig erhielt er die Nachricht, daß Sendlinge des Stammes Riffs aus Rabat nach Casablanca unterwegs seien, um zu unterhandeln. General Drube hofft, seinen Anfall von gastrischem Fieber heute soweit überwinden zu haben, daß er das Kommando wieder übernehmen kann.

(Reutermeldung)

Gibraltar, 9. September. In Algeciras ist der Befehl eingetroffen, daß eine Brigade in Stärke von 7000 Mann unter General Cano am Mittwoch zur Einschiffung nach Tanger bereit sein solle.

Zur Landtagwahlbewegung.

* Gestern Abend wurde im Etablissement „Reglerhelm“ eine nationalliberale Wählerversammlung abgehalten, in welcher der Kandidat der nationalliberalen Partei für den 3. Dresdner Wahlkreis, Dr. Dr. Vogel, sprach. Die Versammlung war gut besucht und wurde von dem Schuldirektor Philipp eröffnet und geleitet. Der Vorsitzende wies zunächst auf die bisherige Tätigkeit des Vogel im sächsischen Landtage hin, die besonders für Gotta und Reichardt eine erprobte Arbeiter und Kleinrentnervereine, und die ganze Gegend bilde gewissermaßen ein Spiegelbild unferer engeren Vaterlands. Deshalb sei er gern und freudig für die Interessen der Wählerkreise eingetreten, denn er habe damit den Interessen der Allgemeinheit gedient. Er sei im Landtage jederzeit für eine gesunde Entwicklung des Verkehrswezens und für einen vernünftigen Ausbau und eine zweckmäßige Ausnutzung des Eisenbahnnetzes eingetreten, ebenso sei er nicht für die Einführung der Schiffsahrtsgesetze zu haben. Der Redner berührte dann die Arbeiterfrage und trat besonders für einen Ausgleich der bestehenden Gegensätze ein. Es sei bedauerlich, daß sich ein großer Teil der Arbeiterschaft der Führung einer Partei anvertraut habe, welche die Zerstückelung unseres jetzigen Staatswesens auf ihre Fahne geschrieben habe, ohne bis jetzt ernsthafte Vorschläge für die Gestaltung des Zukunftsstaates gemacht zu haben. Zu den Fragen des Mittelstands übergehend, trat der Redner für eine Verbesserung der Lehrer und Beamten ein, ferner für die Einführung der sachverständigen Schulaufsicht und für die Gleichrichtung des Universitätsstudiums der Lehrer. Dann wandte sich Dr. Vogel gegen die Mittelstandsvereine und einige andere Korporationen, die sich zusammengeschlossen haben, um seine Wiederwahl illusorisch zu machen. Er sei nicht zu haben für die Einführung einer Warenhaus- und Umfassung, da er sich hiervon keinen Erfolg für den Kleinhandel und für das Kleingewerbe verspreche. Es sei jedenfalls interessant, daß man ihm infolge dieser Stellung zur Warenhausfrage einen Gegenkandidaten gegenübergestellt habe, während man bei dem Redner, der dieselbe Stellung einnehme, stillschweigend darüber hinweggehe. Der Redner wandte sich dann gegen einige Behauptungen, die in der Wahlversammlung gegen die nationalliberale Partei geäußert seien, und wies auf die letzten Ergebnisse der Partei bei den Reichstagswahlen hin, wodurch wohl am besten die Behauptung widerlegt sei, daß die nationalliberale Partei keinen Boden im Volke habe. Zum Schluß wandte sich der Redner noch zur Wahlrechtsreform und bezeichnete nochmals seine Stellung zur Regierungsvorlage. Er betrachte es auch heute noch als seine hervorragende Aufgabe, an der Schaffung eines gesunden Wahlrechts mitzuarbeiten. Die Ausführungen Dr. Vogels fanden lebhaften Beifall. Nach einer kurzen Debatte wurde die Versammlung geschlossen.

Mannigfaltiges.

Dresden, 10. September.

* Der Fernsprechverkehr von Dresden nach Nachbar- und Vororten ist erweitert worden durch Zulassung a) des unbeschränkten Sprechverkehrs mit Eger, Göritz (Ober), Herleshausen, Laasow, Ulfen und Wiede-Affeln, b) des beschränkten Sprechverkehrs, d. i. während der festgesetzten Dienstunden, an Werktagen jedoch mit Ausnahme der Stunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 7 Uhr nachmittags mit Tilsit. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt mit Laasow 50 Pf., mit Göritz (Ober), Herleshausen, Ulfen und Wiede-Affeln 1 M., mit Tilsit 1,50 M. und mit Eger 2 M.

* Der Rat zu Dresden hatte beschlossen, die Krankenversicherungspflicht für alle nicht mehr als 2000 M. Jahres-Diensteinkommen besitzenden städtischen Beamten einzuführen. Dazu hatte das Stadtverordnetenkollegium den Zwischenbeschluß gefaßt, die Beamtenvereinigungen über die Einführung gesteigerter Krankenfürsorge zu befragen, und zwar wurden daraufhin befragt der Verein der städtischen Beamten, die freie Vereinigung der städtischen Bureaubeamten und die Vereinigung der Wohlfahrtspolizeimannschaft. Die erstgenannten beiden Vereine haben übereinstimmend den Wunsch ausgesprochen, die Beamten möchten überhaupt von der Krankenversicherungspflicht befreit werden, indem man ihnen statt der bisherigen vierteljährlichen Ründigung halbjährliche Ründigung einräumt. Nur soweit die städtischen Körperschaften hierauf nicht zustimmen sollten, schlagen sie die Begründung einer besonderen Beamtenfrankenkasse vor. In letzterer Richtung bewegt sich auch der Vorschlag der Vereinigung der Wohlfahrtspolizeimannschaft. Alle drei Vereinigungen aber sprechen sich gegen den bisher in Aussicht genommenen Beitrittszwang zur städtischen Betriebsfrankenkasse aus. Infolgedessen ist der Rat in eine erneute Prüfung der Angelegenheit eingetreten, und hierbei hat sich ergeben, daß auf die Gründung einer besonderen Krankenkasse keinesfalls zugestimmt werden wird, und zwar deshalb, weil das Nebenmandatbestehen von dann vier Organen der Krankenversicherung bei der Stadt als nicht zweckmäßig angesehen werden kann, ebenso muß die Lebensfähigkeit der Kasse sehr fraglich erscheinen. Da nun aus den Aussprachen des Vereins städtischer Beamter und der Vereinigung städtischer Bureaubeamter, denen zusammen die Mehrzahl der städtischen Beamten angehört, zu entnehmen war, daß die Beamtenfrankenkasse die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht als das Erwünschteste betrachtet, so hat der Gesamtrat auf Vorschlag des Beamtenwahlausschusses beschlossen, 1. von der Einführung gesteigerter Krankenfürsorge für gewisse Klassen von Beamten abzusehen und die Vorlage vom 19. Dezember 1906, soweit sie diese Frage betrifft, bei den Stadtverordneten zurück-

zugeben, 2. dagegen eine Erhöhung der im Haushaltsplane für in Not geratene Beamte und sonstige Angehörige vorgesehenen Mittel in Aussicht zu nehmen und 3. zum Zwecke der Befreiung sämtlicher Beamten von der Krankenversicherungspflicht die bisherige vierteljährliche Ründigungsdauer durch eine halbjährige zu ersetzen. Der Rat wird nunmehr jedenfalls darauf zukommen, daß der Gesamtratsbeschluß vom 25. Juni d. J., soweit er auf die Einführung halbjähriger Ründigungsdauer für die Beamten gerichtet ist, wieder aufzuheben und einen Ortsgefesentwurf zu genehmigen, nach dem denjenigen Beamten, deren Gehalt 2000 M. nicht übersteigt, in Krankheitsfällen ein Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts für 13 Wochen nach der Erkrankung und bei der Fortdauer der Erkrankung für weitere 13 Wochen ein Anspruch auf Gehalt, Wartegeld oder Pension im anderthalbfachen Betrage des Krankengelds eingeräumt wird, das sie nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes erhalten würden, wenn sie versichert wären.

* Die Stadtverordneten haben dem Rat ersucht, die ihm unterstellten Geschäftsstellen anzuweisen, bei Bescheidungen aller Art, gegen die Rechtsmittel eingelegt werden können, die Empfänger auf die Zulässigkeit des Rechtsmittels und die Frist, binnen welcher es einzulegen ist, hinzuweisen. Die Prüfung des Sachstands hat zu dem Ergebnis geführt, daß es sich nicht empfiehlt, über die Fälle hinaus, in denen es gesetzlich vorgeschrieben ist, bei behördlichen Verfügungen und Bescheidungen eine Rechtsmittelbelehrung einzuführen. Der Rat beschließt deshalb, dem Ersuchen der Stadtverordneten nicht stattzugeben. Da jedoch nicht zu verkennen ist, daß es für das Publikum schwierig ist, sich über das verzeigte System der Rechtsbehelfe in Verwaltungssachen zu orientieren, beschließt der Rat weiter, dem Ersuchen der Stadtverordneten dadurch entgegenzukommen, daß eine allgemeine Belehrung des Publikums über das Rechtsmittelverfahren durch Herausgabe eines Merkblatts über die einzelnen Rechtsbehelfe in Erwägung gezogen werden soll. Darüber soll zunächst der Königl. Kreisauptmannschaft Bericht erstattet werden.

* Der Verband deutscher und österreichischer Eisenbahnbeamten-Vereine hält seinen 14. Verbandstag am 13. und 14. September in Dresden ab. Die Verhandlungen finden im Kaiser Wilhelm-Saal des Hauptbahnhofrestaurants statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. der Bericht des Verbandsvorsitzenden, die Vorlage und Prüfung der Jahresrechnung, ferner Beratungen über das Petitionswesen, die Hinterbliebenenfürsorge, die Wohnungsfürsorge und die Beschäftigung sonstiger Berufs-, Standes- und Verbandsangehöriger.

* Das Kreisfest des Verbands der evangelisch-lutherischen Jünglingsvereine fand am Sonntag in Dresden statt. Es wurde Abends 6 Uhr mit einem Festgottesdienste in der Johanneskirche eingeleitet, wobei auch eine Kollekte für den Bund gesammelt wurde. Die Feier wurde mit einem Vortragsvortrag der vereinigten Vortragskommission unter der Leitung des Hrn. Bundespfleger Hofmann eingeleitet, woran sich einige allgemeine Gesänge und ein Gesang des Kirchenchors der Johanneskirche angeschlossen. Die Festpredigt hielt Hr. Pastor Rühle aus dem Bräutigamshaus in Moritzburg. Ein abendlicher Vortragsvortrag „Heilig ist Gott der Herr!“ beschloß den Gottesdienst. Abends 8 Uhr fand dann im Saale des Evangelischen Vereinshauses ein starkbesuchter Familienabend statt, der ebenfalls wieder durch stimmungsvolle Vortragsvorträge eingeleitet wurde. Daran schloß sich die erste Zeitansprache des Verbandsvorsitzenden Hrn. Pastor Menzing über das Thema: „Die Bedeutung unserer Vereine für das Volksleben.“ Es folgten nun der gemeinsame Gesang des Liedes „Freunde, laßt uns Freunde werden!“ sowie zwei Vorträge des geistlichen Violinchors des Vereins der Kreuzkirche unter der Leitung des Hrn. Königl. Kammermusikus Robert Schreiber. Die jungen Geiger spielten ein Adagio (Streichquartett) von Spohr und ein Tremolo für Soloviolen mit Klavierbegleitung von L. Bohm. Sehr wirksam und fein abgetönt war auch der Vortrag von Bachs „Frühlingserwachen“ für Violinen, Posaunenchor, Klavier und Harmonium. Weitere Ansprachen hielten Hr. Schmidt, Mitglied des Vereins zur Heimat, über „Unsere Jugend und die Heimat“, Hr. Schneider, Mitglied des Vereins zum Kreuz, „Unsere Vereine — ein Versuch zum Ausgleich der Standesunterschiede“ und Hr. Bundespfleger Hofmann über das Thema „Unsere Vereine und die Innere Mission“. Weitere Vortragsvorträge, darunter auch recht gut wiedergegebene Volkslieder, sowie ein gemeinschaftlicher Gesang beschloßen den Familienabend.

* Der Ortsverband Dresden der Pensionsanstalt Deutscher Journalisten und Schriftsteller veranstaltete am Sonnabend in Engaus Jopl in Laubegast ein ländliches Fest für seine Mitglieder, deren Angehörige und Gäste. Von nachmittags 4 Uhr an konzertierte in dem festlich dekorierten Garten eine vom Allgemeinen Musikverein gestellte Bauernkapelle und brachte volkstümliche Weisen zu Gehör. Nach Eintritt der Dunkelheit wurden zahlreiche in den Obstbäumen und Weinspalieren aufgehängte bunte Lampionen erleuchtet und verliehen dem reizenden Garten ein anheimelndes Gepräge. Der zweite Vorsitzende des Ortsverbands, Hr. Schriftsteller Georg Zimmermann, begrüßte die zahlreichen Teilnehmer in launiger Rede und dankte ihnen für ihr Erscheinen. Ein von der Firma Albert Haas Nachf., Grunauer Straße, abgebranntes effektvolles Feuerwerk fand lebhaften Beifall. Von 10 Uhr an begann in den inneren Räumen ein unter der Leitung des Hrn. Georg Zimmermann stehendes Kabarett, das vorzugsweise humoristische Darbietungen brachte. Es wirkten hierbei mit Tonkünstlerin Frau Irene Köhler-Vieheweger (Klavier), die Opernsängerin Frau Waltheim-Steinischreiber (Gesang), Frä. Else Rengel (Rezitation) und Hr. Erwin Sachs (Gesang). Auch eine Traumbalzerin und ein preisgekrönter Kitzler und Jongleur wirkten mit. Sämtliche Darbietungen fanden verdienten Beifall. Erst als die letzte „Elektrische“ nach Dresden fuhr, verließen die Teilnehmer die gemüthlichen Räume.

* Am Sonntag unternahm die von Hrn. Prof. Dr. Speck in Bana geleitete historische Sektion des Gebirgsvereins für die Sächsische Schweiz eine Exkursion in die westliche Lausitz, ein Gebiet, wo sich eine liebliche Natur mit einem großen Reichthum an sagenhaften und geschichtlichen Erinnerungen vereinigt, um Geist und Gemüt zu erquickeln. Geht doch hier hindurch die alte Grenze zwischen Deutschen und Wenden und eine alte Handels- und Herresstraße von Osten her durch Schleifen nach Westen! Die Teilnehmer an der Exkursion hatten das Glück, von dem gründlichen Kenner des Gebiets, Hrn. Kantor Störjner in Kemsdorf bei Radeberg, geführt zu werden, der ihnen durch Mittheilungen aus dem reichen Schatze seiner Forschungen und Erfahrungen die Wanderung zu einem Genuß machte. Ihr Ziel waren die Berge im Osten des freundlichen Städtchens Pulsnitz. Etwas östlich vom Pul-